

## Stellungnahme zum Thema

### „Trinkwasserschutz und Bürgerbeteiligung bei der Förderung von unkonventionellem Erdgas“

der Initiative „Gegen Gasbohren“



Deutscher Bundestag
Ausschuss f. Umwelt, Naturschutz u. Reaktorsicherheit
Ausschussdrucksache 17(16)471-B
Öffentliche Anhörung-21.11.2011
18.11.2011

#### Die Initiative

Die Interessengemeinschaft „Gegen Gasbohren“ hat sich im September 2010 in Nordwalde gegründet. Auslöser war das für die Bürgerinnen und Bürger nicht nachvollziehbare Genehmigungsverfahren für geplante Gasbohrungen in der Gemeinde.

Offene Fragen der Bürgerinnen und Bürger wurden gerade in den ersten Wochen unvollständig, verharmlosend, überhaupt nicht oder falsch beantwortet.

Beständige Recherchen, Informationsveranstaltungen und Gespräche mit Politik und Wirtschaft brachten nach und nach immer mehr Fakten über das weltweit umstrittene, teils verbotene, Hydraulic „Fracking“ Fracturing Verfahren ans Licht.

Inzwischen arbeiten die Bürgerinitiativen in ganz Deutschland. Beständig schließen sich weitere Initiativen an. Durch internationale Vernetzung gibt es einen regen Informationsaustausch mit Menschen aus der ganzen Welt.

#### Der Autor

Jörn Krüger, geboren 1972 in Essen, ist Software Entwickler und engagiert sich in verschiedenen Organisationen, die Internet und bürgerliches Engagement verbinden.

Im Oktober 2010 begann er mit dem Blog [unkonventionelle-gasfoerderung.de](http://unkonventionelle-gasfoerderung.de), auf dem aktuelle und internationale Nachrichten, Meinungen und Berichte zur unkonventionellen Gasförderung veröffentlicht werden. Als informierter Laie nimmt er an Diskussionen teil, berät Betroffene, kümmert sich um die internationale Vernetzung und hält Vorträge zu den Auswirkungen und Folgen der Gasförderung.

Sehr geehrte Frau Bulling-Schröter,  
Sehr geehrte Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit,

die Initiative „Gegen Gasbohren“ begrüßt es, dass sich der Umweltausschuss mit der unkonventionellen Gasförderung beschäftigt. Aus unserer Sicht

- ist eine Erschließung unkonventioneller Gasvorkommen momentan nicht erforderlich. Ein Moratorium, besser noch ein Verbot, würde die Zeit für gründliche Studien bieten.
- werden die bestehenden Gesetze nicht so angewendet, dass sie den Anforderungen an Bürgerbeteiligung und Transparenz gerecht werden.
- gibt es in Deutschland so gut wie keine Erfahrungen mit Hydraulic Fracturing in unkonventionellen Gasvorkommen.
- wären die Folgen der Kontaminierung von Grund- und Trinkwasser, sowie die Zerstörung des Untergrunds unumkehrbar. Die eingebrachten Stoffe sind nicht rückholbar.
- sollten umfassende Studien zu allen Aspekten der unkonventionellen Gasförderung durchgeführt werden. Die gerade ausgeschriebene Studie des Umweltministeriums ist völlig unzureichend, und kann nicht als Entscheidungsgrundlage dienen.
- sind die Erfahrungen aus den USA in weiten Teilen auch auf Europa übertragbar und sollten Berücksichtigung finden.

Im Folgenden erläutern wir unsere Gründe:

Erdgas hat als Energieträger einen guten Ruf. Es gilt als sauber – im Vergleich zur Kohle – und ist geeignet als Brücke in ein Zeitalter der regenerativen Energien.

In einigen Ländern gibt es noch große und leicht zugängliche Gasvorkommen. In anderen – wie in Deutschland – werden die Vorkommen in einigen Jahren verbraucht sein. Übrig bleiben die schwer zugänglichen unkonventionellen Reserven.

Die Erdgasförderung – im Gegensatz zum Erdgas selber - hat einen zunehmend schlechten Ruf. Weltweit gibt es Proteste gegen neue Formen der Gasförderung unter Einsatz von Hydraulic „Fracking“ Fracturing.

In den USA begann die extensive Erschließung unkonventioneller Gasvorkommen ab 2003. Erst hunderte, dann tausende Bohrungen wurden durchgeführt und „gefrackt“. Quadratkilometer große Flächen – ganze Landstriche – wurden unterirdisch aufgebrochen und mit Chemikalien durchspült, um das in den Porenräumen gebundene Gas zu lösen.

Schon die Umweltbelastung einer einzigen Bohrung ist enorm. Einrichtung und Betrieb laufen über Wochen, teils Monate. Hunderte LKW-Fahrten sind notwendig. Bohrschlämme, Frack-Wasser und Lagerstättenwasser fallen zu hunderten Kubikmeter an. Kontaminiert mit allem, was im Boden sonst fest eingeschlossen ist: Salze, aromatische Kohlenwasserstoffe, Schwermetalle, Schwefel und radioaktive Isotope. Vieles davon krebserregend und hochgiftig.

Zu den natürlich vorkommenden Schadstoffen, kommen auch noch die beim Fracking eingesetzten Chemikalien. Pro Vorgang geht es um Tonnen giftiger, wassergefährdender und hormonverändernder Substanzen.

Multipliziert mit tausenden von Bohrungen entstehen Mengen an gefährlichen Abfällen, für die es keine umweltverträglichen Entsorgungskonzepte gibt.

Unfälle häufen sich mit der Vervielfachung der Bohrungen. Sind einzelne Bohrungen noch beherrschbar – Deutschland ist vielleicht ein Beispiel – funktioniert es bei tausenden Bohrungen nicht mehr. LKWs verunglücken und verlieren ihre giftige Fracht, Leitungen oder Tanks mit Frack-

Flüssigkeit bersten und ergießen sich in Grund- und Oberflächengewässer. Oder es kommt zu Blowouts, bei denen sich Millionen Liter Frack-Flüssigkeit über Tage in die Umgebung ergießen.

Bei weitem bedenklicher sind Probleme, für die es nicht direkt eine Erklärung gibt. Thermogenes Methan – also Erdgas aus der gasführenden Schicht – findet sich in der Nähe von Bohrungen in Brunnen wieder. Die amerikanische Umweltbehörde EPA hat bereits die zweite Untersuchung veröffentlicht, die Frack-Chemikalien in Grund- und Trinkwasser nachgewiesen hat. Die Luftverschmutzung in ländlichen Gebieten ist so hoch, wie sonst nur in Großstädten.

In Australien wird seit einiger Zeit die Kohleflözgasförderung ausgebaut. Dort fanden ebenfalls schon hunderte Bohrungen statt. Zehntausende sind noch geplant. Auch hier wurden aromatische Kohlenwasserstoffe im Grundwasser gefunden. Farmer werden gegen die Industrie ausgespielt, denn beide konkurrieren um das gleiche Land und die gleichen Wasservorräte.

Was hat das alles mit Deutschland zu tun? Hier ist doch bisher alles gut gegangen? Fracking gilt doch als sichere und erprobte Technologie?

Erdbeben, die mit der Gasförderung in Zusammenhang stehen, gibt es auch in Deutschland. Wissenschaftliche Studien haben den Zusammenhang zwischen einem schweren Erdbeben bei Rotenburg und der Gasförderung nachgewiesen. Genau wie in Großbritannien, Arkansas und Oklahoma. Zunehmende Schäden an Häusern, die ebenfalls mit Bohraktivitäten in Verbindung gebracht werden, beunruhigen ganze Gemeinden.

Mit der Vervielfachung der Bohrungen steigt die Wahrscheinlichkeit, dass Fehler passieren. Aus Kostengründen würden die Unternehmen alles tun, um mit weniger Bohrungen auszukommen. Doch technisch ist das nicht möglich. Das zeigt das Beispiel der USA und es gibt keine guten Gründe, warum es hier anders sein sollte. Das Umweltschutzrecht in Pennsylvania ist in Bezug auf die Gasförderung deutlich weiter, als das veraltete deutsche Bergrecht. Dort werden Bohrungen regelmäßig kontrolliert und Verstöße monatlich veröffentlicht und mit Strafen belegt.

In Pennsylvania wird auch in Tiefen zwischen 2000 und 2500 Metern gearbeitet. Das ist wenig zu den 5000 Metern in Söhlingen, aber viel zu den 1000 Metern in Dudensen und immer noch mehr, als die 1500 bis 2000 Meter im Münsterland. Aussagen über geringere Bohrtiefen in den USA beziehen sich vorwiegend auf einzelne Bereiche von Texas.

Zementierungen und Stahlrohre, die das Grundwasser schützen sollen, werden immer wieder angeführt. ExxonMobil USA verwendet die gleichen Werbeanzeigen bezüglich der Zementierung, wie die deutsche Tochter. Und trotzdem erscheint die ExxonMobil Tochter XTO auch in den Verstoß-Listen von Pennsylvania. Wegen undichter Bohrungen und austretendem Methan, welches dann mehr als zwanzig mal so klimaschädlich wie CO<sub>2</sub> ist.

In Verden an der Aller hat RWE Dea gegenüber direkten Anwohnern einer Bohrung über Monate verschwiegen, dass es zur Kontaminierung von Grundwasser kam. Der Brunnen eines Anwohners ist 50 Meter vom Bohrplatz entfernt. Zwei Jahre soll die Dekontaminierung dauern. Nicht der erste Fall in Niedersachsen, bei dem weder Unternehmen noch Landesbergamt offen und transparent gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern waren.

Das Leugnen, Verschleiern und Verzerren von Problemen bei der Gasförderung ist das eigentliche Problem für den schlechten Ruf der Branche. Gernot Kalkoffen, Chef von ExxonMobil Deutschland, sagt im Spiegel vom November 2011, es sei „technisch möglich“, dass durch Fracking Grund- und Trinkwasser kontaminiert würde. Bilder von brennenden Wasserhähnen begründet er mit oberflächennahem Methan. Die amerikanische Umweltbehörde EPA ist anderer Meinung. Drei Jahre untersuchte sie Kontaminierungen in Pavillion, Wisconsin und fand thermogenes Methan und beim Fracking eingesetzte Chemikalien in Grund- und Trinkwasser.

Als Initiative stellen wir uns die Frage, warum der Chef eines weltweiten Konzerns trotzdem von „technisch unmöglich“ sprechen muss.

Die Unsicherheit über die Erschließung unkonventioneller Gasvorkommen zeigt sich an vielen Stellen. Aufgelöst werden kann die Unsicherheit nur mit neutralen, nachvollziehbaren und akzeptierten wissenschaftlichen Studien über alle Bereiche hinweg. Sechs Monate, wie bei den beiden bisherigen Studien des Bundes und des Landes NRW, sind nicht ausreichend dafür.

Bis belastbare Ergebnisse vorliegen, sollte mindestens ein Moratorium für ganz Deutschland gelten. Als Initiativen fordern ein Verbot der Erschließung unkonventioneller Lagerstätten. Momentan gibt es keinen dringenden Grund, das schwer zugängliche fossile Gas überhaupt zu fördern. Weder wirtschaftlich noch politisch.

Mit freundlichen Grüßen.

Jörn Krüger

IG „Gegen Gasbohren“, Nordwalde